



Presseschau vom 13.10.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

vormittags:

de.sputniknews.com: 75 Soldaten und sieben Panzer – Kurden melden Verluste bei türkischer Armee

75 gefallene türkische Soldaten und sieben zerstörte Panzer sind bei dem Angriff der sogenannten „Demokratischen Kräfte Syriens“ (SDF) auf die türkische Armee in der syrischen Stadt Ras al-Ain (Provinz al-Hasaka im Nordosten des Landes) am Sonntag gemeldet worden. Dies berichtet die kurdische Nachrichtenagentur „Firat“.

Nach Angaben der Agentur wurden 19 weitere türkische Soldaten bei den Angriffen der Kurden verletzt.

Am Samstag hatte das türkische Verteidigungsministerium mitgeteilt, dass im Laufe ihrer Offensive im Norden Syriens die Stadt Ras al-Ain unter die Kontrolle der oppositionellen „Freien Syrischen Armee“ gebracht wurde.

Bei der neuen Offensive in Syrien soll die türkische Armee mehr als 400 kurdische Kämpfer getötet haben. Die Operation „Friedensquelle“ sei in der Nacht erfolgreich durchgeführt worden, hatte das türkische Verteidigungsministerium am Freitag mitgeteilt. ...



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images//32585/18/325851891.jpg>

de.sputniknews.com: **US-Zerstörer im Schwarzen Meer: Vizeadmiral nennt Grund für Einlaufen**

Die Befehlshaberin der 6. US-Flotte, Vizeadmiral Lisa Franchetti, hat erklärt, aus welchem Grund sich der US-Raketen-Zerstörer „USS Porter“ ins Schwarze Meer begeben hatte. Eine entsprechende Mitteilung wurde auf der Webseite der 6. US-Flotte veröffentlicht.

„Dieser Routineeinsatz, das siebte Einlaufen eines US-Zerstörers in diesem Jahr im Schwarzen Meer, zeigt unser Engagement für die Schifffahrtsfreiheit sowie unsere Treue gegenüber den Nato-Verbündeten und Partnern im Schwarzen Meer“, so Franchetti.

Am Samstagnachmittag hatte das russische Nationale Zentrum für Verteidigung bekanntgegeben, dass ein US-Zerstörer in das Schwarze Meer gefahren sei und von Schiffen der russischen Schwarzmeerflotte begleitet werde. Die Aktivitäten des US-Zerstörers würden von der Fregatte „Admiral Essen“ und den Korvetten „Wyschni Wolotschok“ und „Orechowo-Sujewo“ überwacht.

Das letzte Mal war die „USS Porter“ im August 2019 ins Schwarze Meer geschickt worden.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images//32585/20/325852043.jpg>

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 12. Oktober wurde keine Beschuss von Seiten der BFU auf das Territorium der LVR festgestellt.

de.sputniknews.com: **Russische Soldaten verteilen 3,5 Tonnen Nahrungsmittel in Syrien**

Das russische Militär bringt weitere Hilfsgüter ins kriegszerstörte Syrien. Rund 3,5 Tonnen Lebensmittel sind am Wochenende in der Ortschaft Ebtaa zirka 80 Kilometer südlich von Damaskus den Zivilisten übergeben worden, wie Major Denis Anissimow vom russischen Versöhnungszentrum in Syrien mitteilte.

„Wir brachten Mehl, Zucker, Reis, Tee und Kondensmilch“, sagte Anissimow am Sonntag. Nach seiner Einschätzung werden in Ebtaa gerade diese Nahrungsmittel stark gebraucht. Ebtaa liegt in der südwestlichen Provinz Dar‘a unweit der jordanischen Grenze. Die Provinzhauptstadt Dar‘a war erst vor rund einem Jahr wieder unter Kontrolle der syrischen Regierungstruppen gebracht worden.

In dieser Woche eskalierte die Lage in Syrien wieder. Die Türkei startete am Mittwoch im Nachbarland eine militärische Operation gegen kurdische Milizen. International wächst die Sorge, dass die Tausenden Terror-Kämpfer, die in Nordsyrien von Kurden gefangen gehalten werden, die türkische Operation nutzen würden, um aus der Gefangenschaft zu entkommen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31560/00/315600084.jpg>

de.sputniknews.com: **Militäroffensive in Syrien: Türkische Truppen erobern Siedlung im Nordosten von Rakka**

Türkische Militärs haben die grenznahe Siedlung Suluk im nordöstlichen Teil der syrischen Provinz Rakka erobert, teilte das staatliche Fernsehen Syriens mit.

„Die Truppen des türkischen Regimes haben die Siedlung Suluk im Nordosten (der Provinz – Anm. d. Red.) Rakka besetzt“, berichtete der syrische Fernsehsender Ikhbariya.

Am Samstag hatte das türkische Verteidigungsministerium mitgeteilt, dass im Laufe ihrer Offensive im Norden Syriens die strategisch wichtige Stadt Ras al-Ain unter die Kontrolle der oppositionellen „Freien Syrischen Armee“ gebracht wurde. ...

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 12. Oktober 3:00 Uhr bis 13. Oktober 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 28. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Donezk (Volvo-Zentrum, Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Staromichajlowka, Alexandrowka, Jelenowka, Luganskoje, Petrowskoje, Nowolaspa, Kominternowo, Leninskoje, Sachanka.**

Wie bereits mitgeteilt wurde, haben die BFU gestern um 11:25 Uhr das Feuer aus Richtung

Talakowka in Richtung **Kominternowo** mit Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen eröffnet. Dabei wurde eine Stromleitung beschädigt. Die Ortschaften Kominternowo und Saitschenko hatten keinen Strom. Inzwischen ist die Stromversorgung wieder in Betrieb genommen.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 367.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 35.

Ab 01:01 Uhr am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: **Trump: US-Soldaten müssen nicht syrisch-türkische Grenze bewachen**

Nach Ansicht des US-Präsidenten Donald Trump haben seine Truppen ihre Mission in Syrien erfüllt und müssen nun das Land verlassen. Diese Auffassung äußerte er auf einer Konferenz konservativer Politiker in Washington.

„Wir haben den IS besiegt, wir haben unsere Arbeit erledigt und wir müssen heimkehren“, äußerte er am Samstag (Ortszeit).

Für die Sicherheit der syrisch-türkischen Grenze seien die US-Soldaten nicht zuständig, fuhr der Staatschef der Vereinigten Staaten fort.

„Die Kurden gehen, und das ist gut. Lasst sie ihre Grenzen haben. Ich glaube nicht, dass sich unsere Soldaten dort im Laufe der nächsten 15 Jahre aufhalten und die Grenze zwischen der Türkei und Syrien schützen müssen, während wir nicht imstande sind, unsere eigenen Grenzen zu schützen“, gibt seine Worte der Pressedienst des Weißen Hauses wieder.

Am 7. Oktober hatte Trump bekannt gegeben, das die USA mit dem Abzug ihrer Truppen aus dem Nordosten Syriens begonnen haben.

Am 9. Oktober hatte der türkische Präsident, Recep Tayyip Erdogan, den Beginn der Operation „Friedensquelle“ in Nordsyrien angekündigt, die sich gegen die in der Türkei als Terrororganisation eingestufte und verbotene Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) sowie die Terrormiliz „Islamischer Staat“ richten soll. Die türkische Luftwaffe versetzte Schläge gegen die Stadt Ras al-Ain sowie andere syrische Städte. Später wurde auch eine Bodenoperation eingeleitet. Die Regierung in Damaskus hatte die Okkupationspolitik der Türkei im Norden Syriens mehrmals verurteilt. Moskau warnte Ankara vor Schritten, die die Regelung des Konflikts in Syrien verhindern könnten.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32436/98/324369881.jpg>

de.sputniknews.com: **Schaffung einer Organisation für Sicherheit am Persischen Golf notwendig – Putin**

Russlands Präsident Wladimir Putin hält die Schaffung einer Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit am Persischen Golf für richtig. Denn diese sei bei den großen Widersprüchen zwischen den Ländern notwendig.

Die Situation in der Golfregion hat sich zuletzt aufgrund mehrerer Zwischenfälle mit Handelsschiffen und nach Angriffen auf saudische Ölanlagen zugespitzt.

„Was unsere Initiative zur Stabilisierung der Situation in der Zone des Persischen Golfs betrifft: Ja, wie Sie wissen, haben wir vor einiger Zeit eine Initiative vorgeschlagen, um eine solche Organisation zu gründen... Die betroffenen Staaten, also, die USA, die Europäische Union und so weiter hinzuzufügen, um eine Diskussionsplattform für Krisensituationen solcher Gestalt und die zentralsten Fragen zu schaffen. Einige unterstützen diese Initiative, andere halten sie für verfrüht“, sagte Putin in einem Interview mit den Fernsehsendern Al Arabiya, Sky News Arabia und RT Arabic.

Angesichts der akuten Widersprüche zwischen den Ländern der Region sei es richtig, eine solche Plattform zu schaffen, „damit sich die Leute wenigstens treffen können“.

Manchmal sei nicht nur die Tatsache an sich wichtig, dass die Verhandlungen stattfänden, sondern werde eher ein Handschlag von Bedeutung sein.

Zuvor hatte der russische Staatschef bei der Plenarsitzung vom Waldai-Klub erklärt, dass man am Persischen Golf eine Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit unter der Teilnahme Russlands, Chinas, der Europäischen Union und den USA von Grund auf neu gründen müsse. Er erinnerte daran, dass Moskau das Konzept der kollektiven Sicherheit am Persischen Golf bereits vorgestellt hatte, das laut Putin angesichts der gegenwärtigen akuten und unvorhersehbaren Lage in dieser Region von großer Bedeutung sei.

Außerdem ging Putin auf die mögliche Vermittlerrolle Russlands in der Golf-Region ein.

„Ich glaube, dass sowohl unsere Partner im Iran als auch in Saudi-Arabien keine Vermittler brauchen“, äußerte er.

Dennoch unterhalte Russland „sehr gute Beziehungen mit allen Ländern der Region“, auch mit dem Iran, Saudi-Arabien oder mit den Vereinigten Arabischen Emiraten. „In diesem Fall könnten wir die Position der einen Seite der anderen Seite übermitteln“, gab Putin zu. Um eine direkte Vermittlung könnte es sich bei diesen Beziehungen offensichtlich nicht handeln: „Aber ich kenne ja die Anführer dieser Länder persönlich. Sie brauchen keine Ratschläge und keine Vermittlung. Man kann mit ihnen lediglich von Freundschaft sprechen, man kann als Freund etwas formulieren, irgendwelche Ideen“, hob Putin hervor. „Und ich weiß, dass sie als intelligente Menschen ihr Ohr leihen, sie analysieren das, was ich ihnen sage. In diesem Sinne könnten wir eine positive Rolle spielen“, fügte Putin hinzu.

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Türkischer Einmarsch in Syrien: IS-Familien soll Flucht gelungen sein**

Vor dem Hintergrund der türkischen Militäroperation sollen mehrere Familien der IS-Terroristen aus einem bewachten Lager im Norden Syriens geflohen sein. Das Lager in der Provinz Rakka, das rund 13.000 Einwohner zählt, wurde bis vor Kurzem durch die Kurdenmiliz SDF kontrolliert.

Politiker und Experten hatten gewarnt, dass der türkische Einmarsch den Kampf der Kurden gegen die Terrormiliz "Islamischer Staat" (IS) schwächen könnte.

Die türkische Offensive habe das Lager Ain Issa erreicht, in dem Tausende Angehörige von IS-Kämpfern lebten, teilte die so genannte Kurdische Autonomieverwaltung im Nordosten

Syriens mit.

„Einigen von ihnen ist nach einem Beschuss durch Söldner die Flucht gelungen, was zum Wiedererstarken des IS beiträgt“, hieß es.

Die Weltgemeinschaft solle eingreifen, um eine „Katastrophe“ in der Region zu verhindern, forderte die Kurdische Autonomieverwaltung, die von der Zentralregierung in Damaskus nicht anerkannt wird.

Das Lager war Berichten zufolge bereits am Freitag beschossen worden. Wer genau geschossen hat und wie vielen Familien die Flucht gelungen ist, blieb unklar. Das syrische Staatsfernsehen berichtete unterdessen, dass sich die SDF-Kämpfer aus Ain Issa zurückgezogen hätten.

Die Türkei hatte am Mittwoch eine militärische Operation gegen kurdische Milizen in Nordsyrien begonnen. Der Einmarsch wird international kritisiert. Dabei wächst die Sorge vor einem möglichen Wiedererstarken der Terrormiliz „Islamischer Staat“: In den von Kurden kontrollierten Gebieten werden Tausende Terror-Kämpfer gefangen gehalten.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images//32585/25/325852508.jpg>

mil-Info: **Erklärung des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR I.M. Filiponko**

In den letzten 24 Stunden wurden **keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung** von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Unter Nutzung des Waffenstillstands führen die Untergebenen des Kriegsverbrechers und Kommandeur des 72. Brigade Bogomolow weiter Arbeiten zur **Verstärkung ihrer Positionen am Trennungsabschnitt bei Solotoje sowie im Gebiet von Nishneteploje** durch.

...

Kämpfer der 72. und 46. Brigade **behindern weiter die Funktion von OSZE-Drohnen**, indem sie deren Leitungssignale unterdrücken. ...

Wir erhalten weiter Informationen über **grobe Verletzungen der Rechtsordnung und der militärischen Disziplin durch Kämpfer der BFU** im Bereich der Strafoperation. Nach Mitteilung örtlicher Einwohner sind am 11. Oktober drei betrunkene Soldaten der 46. Brigade mit einem Ural-Fahrzeug zu einem Geschäft gefahren. Angesichts ihres inadäquaten Auftretens weigerte sich die Verkäuferin ihnen Alkohol zu verkaufen, daraufhin zerschossen die Kämpfer das Schaufenster des Geschäfts und drohten damit es in Brand zu setzen. Die Verkäuferin gab unter der Drohung die Waren ab und benachrichtigte die Polizei. Um diesem Fall nachzugehen, ist nun in der Einheit eine Kommission des militärischen Rechtsordnungsdienstes aktiv. Der Kommandeur der Brigade Kotenko versucht sich mit den Mitarbeitern des Rechtsordnungsdienstes abzusprechen, damit diese keine Meldung an den Stab der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ machen.

In dieser Woche hat die ukrainische Seite drei Versuche der Trennung von Kräften und Mitteln am Abschnitt Nr. 2 „Solotoje“ zum Scheitern gebracht. Die Maßnahme wurde vom Generalstab der ukrainischen Streitkräfte und dem Kommando der OOS vollständig ignoriert. Entgegen jeder Logik und dem gesunden Menschenverstand besuchte der Kommandeur der OOS Krawtschenko, der sich in der OOS-Zone befand, den Trennungsabschnitt nicht. Da er Konflikte mit Nationalisten fürchtete, zog der General es vor, im Rahmen seines Besuchs sich nicht dem Trennungsabschnitt zu nähern. Im Zusammenhang mit der Zunahme von Ausschreitungen von ukrainischen Nationalisten gegenüber Soldaten der BFU hat das Kommando der 72. Brigade den Kommandeuren der unterstellten Einheiten Anweisungen gegeben, dass der Zugang von Vertretern nationalistischer Organisationen auf den Positionen zu verbieten ist.

Im Zusammenhang mit der Ankunft von Nationalisten im Trennungsabschnitt auf von Kiew kontrolliertem Territorium, **wuchs die Gefahr für Leben und Gesundheit von zivilen Einwohnern.** Neben Ausschreitungen und Verbrechen gegen Zivilisten setzten die Nationalisten terroristische Methoden der Kriegführung ein. Am 11. Oktober haben sie den Busbahnhof und das Gebäude der Verwaltung in Staniza Luganskaja vermint. Informationen über Verminungen hat auch die OSZE-Mission bestätigt.

All das Genannte verweist auf die Unfähigkeit sowohl der militärischen als auch der politischen Führung der Ukraine, die Situation unter Kontrolle zu bekommen und die provokativen Handlungen der nationalistischen bewaffneten Formationen zu unterbinden.

de.sputniknews.com: **Der Feind meines Feindes ist mein Freund? Putin gegen „Freundschaft gegen Anderen“**

Russland geht laut Präsident Wladimir Putin keine Partnerschaften „gegen jemanden“ ein. Sein Land wolle keine Bündnisse mit anderen Ländern, bloß um einen dritten Staat zu bekämpfen.

„Russland freundet sich mit niemandem an, um gemeinsam gegen einen Dritten zu kämpfen. Wir bauen bilaterale Beziehungen auf, die auf positiven Tendenzen in unseren Kontakten beruhen. Wir bilden keine Unionen zum Kampf gegen jemanden“, sagte Putin in einem Interview für die Sender Al Arabiya, Sky News Arabia und RT Arabic.

Das Verhältnis zwischen Russland, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten sei derzeit „präzedenzlos freundschaftlich“, betonte Russlands Staatschef weiter. Noch zu Sowjetzeiten habe es gute Beziehungen zur „ganzen arabischen Welt“ gegeben.

„Deshalb sind wir zu diesem Beziehungslevel zurückgekehrt.“ Putin lobte zudem die „ergebnisvolle Zusammenarbeit“ im Rahmen der Troika, der die Türkei, der Iran und Russland angehören.

Doch ohne Saudi-Arabien wäre das alles nicht möglich gewesen, fuhr Putin fort. „Alle sind sich doch dessen bewusst. Das heißt, auch ohne entsprechende Hilfe seitens der Vereinigten Emiraten wäre das auch nicht möglich gewesen.“ Um in der Nahost-Region die Beziehungen zwischen den einzelnen Ländern zu verbessern, müsse man nach gemeinsamen Zielen suchen und zusammen daran arbeiten.

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 12.10.2019**

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Kämpfer **28-mal das Feuer auf Ortschaften der Republik eröffnet.**

In **Richtung Gorlowka** haben die Strafruppen Poljakows aus der 53. Brigade das **Gelände des Gagarin-Bergwerks** mit 82mm-Mörsern, Antipanzergranatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer Martschenkos aus der 28. Brigade und Iwanows aus der 56. Brigade **Alexandrowka, Storumichajlowka, Luganskoje, Jelenowka**, das Gelände des

Flughafens und das Trudowskaja-Bergwerk in Donezk mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen. In **Richtung Mariupol** haben Strafsoldaten der 35. Brigade des Verbrechers Palas **Petrowskoje** und **Nowolaspa** mit Antipanzergranatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

Die Kämpfer Gnatows aus der 36. Brigade haben das Feuer mit 82mm-Mörsern, Antipanzergranatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen auf **Leninskoje, Kominternowo** und **Sachanka** eröffnet. Im Ergebnis des Beschusses von Kominternowo wurde eine Stromleitung beschädigt, deswegen wurde die Stromversorgung der Ortschaft unterbrochen.

Insgesamt hat der Gegner auf das Territorium der Republik 367 verschiedene Geschosse abgefeuert. Alle Informationen werden mit Fotos und Videomaterialien an Vertreter der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, geschickt und außerdem an die Generalstaatsanwaltschaft zur Aufnahme von Strafverfahren gegen Martschenko, Iwanow, Palas und Gnatow übergeben.

Seit Beginn des heutigen Tages haben die bewaffneten Formationen der Ukraine die **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** und das **Gelände des Flughafens von Donezk** mit Antipanzergranatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen. Informationen über Opfer und Zerstörungen werden noch ermittelt.

Wir stellen weiter eine **Zunahme der Aktivität der BFU am Abschnitt zur Trennung von Kräften und Mitteln im Gebiet von Petrowskoje** fest. So wurde im Gebiet von Bogdanowka eine verdeckte Stationierung von zwei Schützenpanzerwagen, einem Panzertransporter und zwei Ural-Lastwagen, die Personal, Material und Munition transportierten, bemerkt. Beim Versuch von OSZE-Beobachtern die Handlungen der BFU im Trennungsabschnitt festzustellen, haben die ukrainischen Kämpfer das Feuer mit Schusswaffen in Richtung einer Drohne der Mission eröffnet und die Beobachter gezwungen, die gefährliche Zone zu verlassen. Außerdem hat der Gegner den Einsatz einer mobilen Gruppe der elektronischen Kriegsführung verstärkt, um die Funkleitungssignale von Drohnen der Beobachter der OSZE-Mission zu unterdrücken.

Besondere Besorgnis ruft bei uns die **Ankunft einer Scharfschützengruppe des Gegners** in dem genannten Gebiet hervor, was eine Gefahr für die Patrouillen der OSZE-Mission darstellt.

Es gibt weiter nicht kampfbedingte Verluste in den Reihen der BFU. So haben die am 12. Oktober zur Ablösung eingetroffenen Kämpfer der 128. Brigade keine Karten von Minenfeldern von den Vertretern der 35. Brigade erhalten, deswegen ist ein KrAS-Lastwagen auf Minensperren im Gebiet von Nikolajewka im Wolnowacha-Bezirk geraten. Infolge der Detonation wurden zwei Strafsoldaten, Feldwebel Markow und Soldat Andrejenko, schwer verletzt, außerdem wurden das transportierte Material und Munition vernichtet.

Neben dem Geraten auf eigene Minensperren wird mit jedem Tag die Zahl derjenigen, die Dienst in den Reihen der bewaffneten Formationen der Ukraine tun wollen, immer geringer. Im Zusammenhang damit bemerken wir eine **Zunahme der Fälle von Selbstverletzungen**. Allein in den letzten 24 Stunden wurden zwei solcher Fälle in der Zone der Besatzungskräfte bekannt, einer ereignete im Gebiet von Opytnoje. Der Militärarzt der 56. Brigade Feldwebel Nosow, dem es nicht gelang, beim Kommando die Unterzeichnung von Dokumenten für seinen Abzug aus der OOS-Zone zu erreichen, schoss sich ins Bein. Der zweite Fall wurde im Gebiet von Krasnogorowka registriert, wo zwei Kämpfer, der Soldat Butrim und der Feldwebel Kozubin aus der 28. Brigade einander mit Maschinenpistolen in die Hand schossen, um die Verletzungen als kampfbedingt darzustellen und so die Möglichkeit zu erhalten, die OOS-Zone zu verlassen.

Das russische Außenministerium hat die USA für die gewaltigen Summen, die sie dem UN-Haushalt schuldig geblieben sind, kritisiert und die UN-Mitglieder aufgerufen, die ausstehenden Zahlungen an die internationale Organisation zu überweisen. Dies geht aus einer Mitteilung hervor, die auf der Webseite der Behörde am Sonntag veröffentlicht wurde. In seiner Mitteilung bezeichnet das Ministerium die USA als „wichtigsten Nichtzahler“ und verweist darauf, dass die Vereinigten Staaten dem UN-Haushalt mehr als eine Milliarde US-Dollar schulden.

„Die offensichtlichen Versuche der USA, die Arbeit der Organisation zu unterminieren, liegen auf der Hand: Neben der unvorhersehbaren und voreingenommenen Visapolitik gegenüber den Mitgliedern der Delegationen werden auch finanzielle Hebel eingesetzt“, heißt es in der Mitteilung.

Laut dem Assistenten des UN-Generalsekretärs, Chandramouli Ramanathan, schulden die „USA dem ordentlichem Haushaltsplan 674 Millionen US-Dollar in diesem Jahr und 381 Millionen US-Dollar für vorherige Jahre“. Insgesamt würden die Gesamtschulden von 65 Ländern 1385 Millionen US-Dollar umfassen. Davon sei von sieben Staaten 97 Prozent der Summe ausständig, und zwar von den USA, Brasilien, Argentinien, Mexiko, dem Iran, Israel und Venezuela.

Allein für die Bezahlung ihrer Mitarbeiter müsse die Uno 92 Millionen US-Dollar aufwenden, sagte Ramanathan.

Angesichts dessen rufe Moskau nun die anderen UN-Mitglieder zu „Haushalts-Selbstdisziplin“ auf.

Russland zähle seinerseits zu den redlichen Zahlern, es habe alle finanziellen Verpflichtungen rechtzeitig erfüllt und die angerechneten Beiträge im vollen Umfang getilgt, heißt es weiter in der Mitteilung.

Am Donnerstag hatte Uno-Generalsekretär Antonio Guterres angeordnet, ab 14. Oktober eine Reihe von Sparmaßnahmen zu ergreifen. Diese umfassen unter anderem die Reduzierung der Arbeitszeiten in den Kantinen, die Schließung einiger Rolltreppen und die Begrenzung der Zeiträume, innerhalb derer informelle Veranstaltungen wie Empfänge stattfinden dürfen.

Wpered.su: In Donezk starteten die „Stalinschen Lesungen 2019“

Am 12. Oktober startete in Donezk ein Vortragszyklus „Stalinsche Lesungen 2019“, bei denen die grundlegenden Arbeiten Josif Stalins behandelt werden. Die Veranstaltungen finden auf Initiative der KP der DVR statt, um das theoretische Niveau unter den Kommunisten zu erhöhen, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

Bei der Eröffnung des „Stalinschen Lesungen 2019“ unterstrich der erste Sekretär des ZK der KP der DVR Boris Litwinow, dass der Vortragszyklus dem 140. Geburtstag Josif Stalins gewidmet ist. Auf die „Stalinschen Lesungen“ werden 2020 die „Leninschen Lesungen“ zum 150. Geburtstag Wladimir Lenins folgen. Während des erstens Tags der Bildungsveranstaltung wurde ein Dokumentarfilm über den ersten Fünfjahrplan und die Industrialisierung der UdSSR gezeigt, der vom Fernsehsender der KPRF „Krasnaja Linija“ erstellt worden ist.

Nach dem Film projizierte Boris Litwinow die Probleme, die in der Epoche Stalins vor der UdSSR standen, auf die heutige Situation in der DVR und lenkte die Aufmerksamkeit auf zwei Aspekte: Erstens, zur Durchführung einer Industrialisierung ist es notwendig, dass die Produktion in den Händen des Staates konzentriert ist; zweitens, die Ökonomie muss planmäßig entwickelt werden. Weiter verlas er einige Zitate aus der Arbeit Stalins „Die Parteikrise und unsere Aufgaben“ und zeigte Parallelen zwischen den Schwierigkeiten, mit denen die Bolschewiki während des Rückgangs der Arbeiterbewegung konfrontiert waren, mit den Problemen, die heute vor den Kommunisten der DVR stehen, auf.

Außer dem Aktiv der örtlichen Organisationen der KP der DVR nahmen an der Veranstaltung auch Vertreter der Union sowjetischer Offiziere der DVR und der gesellschaftlichen

Organisation „Neue Skythen Noworossijas“ teil. Der nächste Vortrag wird in zwei Wochen stattfinden.

de.sputniknews.com: **Russland wird Palästina-Deal unterstützen, sollte er Frieden bringen – Putin**

In einem Interview mit den Fernsehsendern RT Arabic, Sky News und Al Arabiya hat der russische Präsident, Wladimir Putin, im Vorfeld seines Besuches in Riad über eine friedliche Lösung des Nahostkonflikts gesprochen.

In dem Interview äußerte sich Putin zu dem sogenannten „Deal des Jahrhunderts“ – ein von den USA ausgearbeiteter Friedensplan zur Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts, der bei einem Wirtschaftsforum im Juni dieses Jahres in Bahrain vorgestellt wurde.

„Was den ‚Deal des Jahrhunderts‘ angeht. Nun, wir werden jedes Abkommen unterstützen, das zum Frieden beiträgt, aber wir müssen erst verstehen, was das ist. Denn die Einzelheiten des Deals sind bislang nicht bekannt. Die Vereinigten Staaten haben sie der Öffentlichkeit und ihrem eigenen Land sowie dem Nahen Osten, Palästina, nicht vorgestellt.“

Der Präsident sagte, dass Russland sehr gute Beziehungen zu Israel unterhalte. Fast 1,5 Millionen israelische Bürger kämen aus der ehemaligen Sowjetunion. Es sei ein fast „russischsprachiges Land“. In den meisten Geschäften, die man dort betrete, werde Russisch gesprochen. Deshalb sei es Russland nicht gleichgültig, was dort geschehe, allerdings habe Moskau eine klare Position in der Palästina-Frage, erklärte der russische Staatschef.

Während des Interviews verwies Putin darauf, dass Russland in der Vergangenheit angeboten habe, unmittelbare Treffen zwischen dem israelischen Premierminister und der palästinensischen Führung zu organisieren. Dazu sei es aber leider nicht gekommen.

„Wir tun alles und haben einige Tagungen und Treffen zwischen unterschiedlichen palästinensischen Gruppen durchgeführt. Wir sind der Auffassung, dass die Wiederherstellung der Einheit Palästinas ein äußerst wichtiger Faktor ist, weil die unterschiedlichen Ansichten, die vertreten werden, zur Schwächung einer einheitlichen palästinensischen Position führen.“ Laut Putin ist Russland an einer Beilegung des Konflikts interessiert. Dies wäre gleichzeitig eine Lösung für viele Probleme in der Region. Solange dieser Konflikt nicht gelöst sei, bleibe er ein Hort des Radikalismus und Terrorismus. Wenn Menschen keine Möglichkeit hätten, auf legalem Weg ihre Rechte zu verteidigen, würden sie zur Waffe greifen. In diesem Sinne sei eine endgültige und langfristige Lösung nicht nur für das palästinensische, sondern auch für das israelische Volk wichtig.

Nahostkonflikt: Territoriale Aufteilung

Palästina fordert im Rahmen der Friedensverhandlungen mit Israel, die zurzeit auf Eis liegen, dass die zukünftigen Grenzen zwischen den zwei souveränen Staaten genauso verlaufen sollen, wie dies vor dem Sechstageskrieg von 1967 der Fall war. Ein Austausch bestimmter Territorien solle möglich sein. Sie hoffen auf die Gründung eines eigenen Staates am rechten Ufer des Westjordanlandes und im Gazastreifen. Außerdem beanspruchen sie Jerusalem als Hauptstadt ihres künftigen Staates.

Israel lehnt die Aufteilung des Territoriums wie vor 1967 ab. Auf besonders großen Widerstand stößt der Anspruch Palästinas auf Jerusalem. Israel hat Jerusalem zu seiner ewigen und unteilbaren Hauptstadt erklärt.

Deal des Jahrhunderts

Trump hatte den Friedensplan für den Nahostkonflikt einst als „Deal des Jahrhunderts“ bezeichnet und damit große Erwartungen geweckt. Diesen Sommer nahm der Plan allmählich Gestalt an.

Im Juni fand ein Wirtschaftsforum in Bahrain statt, bei dem die USA den von ihnen ausgearbeiteten Nahost-Wirtschaftsplan vorgestellt haben. Dieser ist Teil des Friedensplans zur Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts, des eingangs erwähnten „Deal des Jahrhunderts“. Vertreter der palästinensischen Seite boykottierten jedoch das Forum. Sie

sahen darin den Versuch einer gegen sie gerichteten Bestechung. Der Plan umfasste insgesamt 136 Seiten und führte drei Ziele an:

- "Das wirtschaftliche Potenzial entfesseln"
- "Das palästinensische Volk stärken"
- "Die palästinensische Führung fördern"

Die Förderung der Wirtschaft setzt einen Kampf gegen Korruption, eine "wachstumsorientierte Steuerstruktur" und Investitionen in die Infrastruktur voraus. Das soll das Westjordanland und den Gazastreifen zu einem "Zentrum der Möglichkeiten" machen. Bei der "Stärkung des palästinensischen Volkes" sollen Online-Bildungsplattformen und "die Aussicht auf internationalen Austausch" eine maßgebliche Rolle spielen. Zudem werde sich der Zugang zu "qualitativ hochwertiger Gesundheitsversorgung" erheblich verbessern. Die palästinensische Führung soll vor allem in ihrem Bemühen gefördert werden, die Privatwirtschaft zu stärken. So sollen die Exporte gesteigert und die Abhängigkeit der Palästinenser von ausländischen Geldgebern gesenkt werden. Das führe "zu einem neuen Zeitalter des Friedens und der Möglichkeit für das palästinensische Volk". Zur Erreichung dieser Ziele sollen in den nächsten zehn Jahren 50 Milliarden US-Dollar im Gazastreifen und im Westjordanland sowie in Ägypten, Jordanien und im Libanon investiert werden..

Allerdings berücksichtigt der Plan die politischen Umstände im Nahen Osten nicht. Das Wort "Besatzung" taucht auf den 136 Seiten nicht einmal auf. Von einem eigenen Staat für die Palästinenser ist ebenfalls keine Rede.

Nach dem Forum teilten die USA mit, sie würden Einwände und Verbesserungsvorschläge zum Plan entgegennehmen und für die Zukunft berücksichtigen. Den politischen Teil des Plans würden sie zu einem späteren, nicht festgelegten Zeitpunkt vorlegen.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images//32585/38/325853844.jpg>

de.sputniknews.com: **Das hält Putin von der Nato**

Russlands Präsident Wladimir Putin hat sich in einem am Sonntag veröffentlichten Interview mit den Fernsehsendern Al Arabiya, Sky News Arabia und RT Arabic über das Wettrüsten und die Beziehungen zur Nato geäußert.

Putin bezeichnete die Allianz als „Instrument der US-Außenpolitik“. Die Stationierung von Nato-Waffen sehr nah an den russischen Grenzen sei eine „destruktive Tätigkeit“ und stelle eine Gefahr für Russland dar.

„Die Nato ist einfach ein Instrument der US-Außenpolitik. Ich denke, niemand hat daran noch Zweifel. Darüber wird in Europa gesprochen“, sagte der russische Staatschef laut dem Sender RT.

Er berief sich dabei auf Aussagen seines französischen Amtskollegen, Emmanuel Macron, über die Nato.

Zuvor hatte Macron vorgeschlagen, „eine von den USA unabhängige europäische Armee“ aufzustellen, die unter anderem auch für die Cybersicherheit sorgen sollte. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die Idee aufgegriffen.

Putin: Nato versucht, Russlands Atom-Potential zu nivellieren

Ein weiteres Problem besteht laut Putin darin, dass die Nato-Länder kaum etwas dagegen sagen dürfen, wenn die Allianz bestimmte Ausrüstungsarten auf ihrem Territorium stationiere. Als Beispiel führte er Teile des Raketenabwehrsystems an, die in Rumänien und bald auch in Polen aufgestellt würden.

„Das ist ganz nah an unseren Grenzen. Das stellt natürlich eine Gefahr für uns dar, weil das ein Versuch ist, unser strategisches Atom-Potential zu nivellieren“.

Obwohl dieser Versuch „offensichtlich zum Scheitern verurteilt“ sei, sei die Situation trotzdem nicht gut.

„Wir fühlen, dass das eine destruktive Tätigkeit ist, die die Spannung erhöht“.

Wettrüsten

Russlands Präsident warnte vor einem neuen Rüstungswettkampf, der der Welt „nichts Gutes“ verspreche. Moskau werde sich jedoch in „für uns übermäßige Haushaltsausgaben nicht verstricken lassen“.

Ein Wettrüsten werde Russland „im allermindesten Ausmaß betreffen“, weil das Land über „zukunftsorientierte, völlig exklusive Waffenarten“ verfüge, die „niemand in der Welt sonst“ habe. Trotzdem befinde sich Russland lediglich auf dem siebten Platz bei den Militärausgaben.

Washington gebe für die Verteidigung am meisten aus: 716 Milliarden US-Dollar, und habe im nächsten Jahr 750 Milliarden Dollar für das Militärbudget beantragt. Auf Platz zwei komme China mit rund 177 Milliarden Dollar. Weiter folgen Saudi-Arabien, Großbritannien, Frankreich, Japan und Russland.

„Dabei haben wir Waffen, die niemand in der Welt hat“.

Das sei das Ergebnis einer zielgerichteten Arbeit in den wichtigsten Bereichen und ein Verdienst russischer Fachleute. Es sei wichtig gewesen, diese wichtigen Bereiche zu bestimmen und Ressourcen zu bündeln.

INF-Vertrag

Den INF-Vertrag hat Washington am 2. August ausgesetzt, nach zahlreichen Vorwürfen vonseiten der USA, dass Moskau ihn mit seiner Rakete 9M729 verletze. Russland hatte dies mehrmals bestritten und Vertretern der Vereinigten Staaten vorgeschlagen, das System 9M729 selbst zu inspizieren. Allerdings wurde das Angebot ignoriert.

Wladimir Putin hatte in einem Schreiben vom 19. September zahlreiche Länder und Organisationen dazu aufgerufen, ein Moratorium für die Stationierung von Mittel- und Kurzstreckenraketen in Europa und anderen Weltregionen zu verhängen. Der russische Vize-Außenminister Sergej Rjabkow teilte später mit, dass die Reaktion der Nato enttäuschend sei. Die Nato wiederum erklärte, das Angebot sei „un glaublich, da es die Tatsachen vor Ort ignoriere“.

New-START-Vertrag

Der 2010 unterzeichnete Vertrag zur Verringerung strategischer Waffen (New START) ist das einzige derzeit geltende Abrüstungsabkommen zwischen Russland und den Vereinigten Staaten. Es läuft im Februar 2021 aus; die US-Regierung hat bisher nicht geäußert, ob sie es verlängern will.

abends:

de.sputniknews.com: Syriens Armee beginnt Gegenoffensive gegen „türkische Aggression“ – SANA

Die syrische Regierungsarmee hat mit der Truppenverlegung nach dem Norden des Landes begonnen, wo Ankara und seine Verbündeten eine Militäroperation durchführen. Das meldet die staatliche Nachrichtenagentur Syriens SANA.

„Einheiten der syrischen Armee haben eine Bewegung Richtung Norden begonnen, um der türkischen Aggression zu begegnen“, so die Agentur.

Der libanesische Fernsehsender Al-Mayadeen berichtete früher unter Berufung auf eine eigene Quelle, dass die Armee der Syrischen Arabischen Republik in den nächsten 48 Stunden in die Städte Manbidsch und Ain al-Arab (Kobane) im Nordwesten des Landes einrücken werde. ...